

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Anzeigen-Preis: nun-Zeile 22 Pfennig, Familien-Anzeigen: nun-Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswert.] Nr. 583

DIENSTAG, 6. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Bertagung bis Januar?

Verständigung über Aufhebung der September-Verordnung

Am Reichstag, mo gestern fast alle Fraktionen versammelt waren, gab es in den späten Abendstunden für gewöhnlich das Parlament sich Ende dieser Woche bis zum 15. Januar vertagen werden, eine politische Klausurperiode durchgeführt zu haben. Die Regierungserklärung des Kabinetts-Schleifers soll erst abgegeben werden, wenn der Reichstag noch mehr als fünf Ferienmoden wieder zusammentritt.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages wird in der Regel durch den Ausschussrat festgelegt, der aber noch nicht besteht. An seine Stelle hat Reichstagspräsident Goering für heute eine lose Besprechung der Führer aller Fraktionen einberufen, die als Ersatz für den Ausschussrat gelten soll. In dieser Fraktionsführerbesprechung wird das Zentrum mitteilen, ob es von sich aus die Bertagung des Reichstages ohne vorausgehende Regierungserklärung bis 15. Januar im Plenum formell beantragen wird. Es wird sich dann

die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu diesem Bertagungsantrag ergeben.

Die Dezember-Tagung des Reichstages soll sich also lediglich auf die Konstituierung beschränken. Es sollen nach der Wahl des Präsidiums nur zwei Gesetzentwürfe, die von Parteien ausgehen, verabschiedet werden. Das Zentrum hat einen Antrag auf Aufhebung der sozialpolitischen Teile der September-Notverordnungen beschlossen. Die Nationalsozialisten wollen einen Gesetzentwurf einbringen, der die Stellvertretung des Reichspräsidenten regelt.

Die Stellvertretung Hindenburgs

Artikel 51 der Reichsverfassung lautet: „Der Reichspräsident wird im Fall seiner Befähigung zunächst durch den Reichstagler vertreten. Dauert die Befähigung vor-

ausichtlich längere Zeit, so ist die Bertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln. Das Gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erhebung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der neuen Wahl.“ Der deutsche Reichstag ist nur einmal genötigt gewesen, für eine Stellvertretung zu liegen; das war nach dem Wähler des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert der Fall. Damals hat das Kabinetts-Rathgeber von sich aus ein Stellvertretungs-Gesetz angesetzt, in dem bestimmt wurde, daß bis zur Durchführung der Neuwahl des Reichspräsidenten der Präsident des Reichsgerichts (damals Dr. Simons) die Bertretung führen soll.

Was im Jahre 1925 für einen Einzelfall beschlossen wurde, soll nun die gleiche Regel werden. Der Antikontingent der Nationalsozialisten sieht vor, daß in jedem Fall einer längeren Befähigung oder vorzeitigen Erhebung der Präsidentschaft der jeweilige Präsident des Reichsgerichts die Bertretung übernehmen soll. Es wird also hier eine Verfassungsaenderung vorgeschlagen, die nur mit Zustimmung der Reichstagler beschlossen werden kann. Da aber außer den Nationalsozialisten auch das Zentrum und wie man hört, auch die Sozialdemokraten für diese gesetzliche Regelung der Stellvertretung sind, ist die Zweidrittelmehrheit vorhanden, selbst wenn die Deutschnationalen dagegen votieren werden.

Es befehlt die Absicht, den Antrag der Nationalsozialisten schon auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu setzen und an diesem Tage die erste und zweite Lesung durchzuführen ebenso die erste und zweite Bertagung des Zentrumstranges auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnungen. Der Donnerstag als satzungsmäßiger Freitag soll für den Ausschussrat bleiben, am Freitag soll die dritte Bertagung der beiden Initiativentwürfe durchgeführt werden und die endgültige Annahme erfolgen.

Am Anfsatz daran soll der Antrag auf Bertagung bis zum 15. Januar mit der Begründung angenommen werden, daß der Regierung Zeit gelassen werden müsse, ihre Regierungserklärung sorgfältig vorzubereiten. Die Bertagung der beiden Wählerentwürfe, die von den Kommunisten und Sozialdemokraten eingebracht worden sind, würde mit der Klausurperiode die Regierungserklärung verbunden werden, so daß sie erst nach der politischen Aussprache im Januar zur Abstimmung gestellt werden können.

Die heutige Sitzung wird rein formaler Natur sein. Der Alterspräsident wird den neuen Reichstag durch eine Ansprache eröffnen und dann den Namensaufzählung durchzuführen lassen. Vorträge sollen nach einer Vereinbarung, die getroffen werden, nicht zur Bertagung zugebunden, die getroffen werden, um eine solche Bertagung zu vermeiden, so daß der Wählerentwurf eines Wählerentwurfes, die Wahl des Präsidiums soll auf die Tagung der Mittwochssitzung gestellt werden.

Kampfwahl?

Die Nationalsozialisten wollen, so hört man, wieder den Abgeordneten Sitzung als Reichstagspräsidenten vorschlagen. Gegen diese Kandidatur müßte sich kein Widerspruch erheben, weil die Nationalsozialisten erst erklärt hätten, daß sie den Deutschnationalen Abgeordneten Graf nicht wieder als Vizepräsidenten wählen wollen wegen seiner Haltung bei dem Empfang des Präsidiums des früheren Reichstages beim Reichspräsidenten Hindenburg. Es ist noch in Erinnerung, daß Graf damals sich in einem Gegenstück zu den überlieferten Wählerentwürfen ein Wort ausgesprochen, die Deutschnationalen aus dieser Haltung der Nationalsozialisten die Folgerung ziehen, nicht für Gering zu stimmen, und sich die Deutsche Volkspartei zugunsten ansetzt, dann ist es wahrscheinlich, daß im ersten Wahlgang eine Mehrheit für den nationalsozialistischen Kandidaten nicht zustande kommt und Goering sich in der Stichwahl mit einer relativen Mehrheit von Wählerentwürfen und Zentrumstragenden. Voraussetzungen sich bei der Wahl der Vizepräsidenten überlegen ergeben. Aber man ist bemüht, es nicht zu einer Kampfwahl kommen zu lassen.

Hitler-Präsidium in Lübeck

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LUBECK, 5. DEZEMBER

Die neugewählte Lübecker Bürgerliste trat heute abend zum erstenmal zusammen, um die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Das bisherige Präsidium lehrte sich aus Sozialdemokraten und Bertrettern der bürgerlichen Mitte zusammen. Bei der Wahl des neuen Präsidiums enthielten sich die Bertretter des Zentrums und

Genf will der Entscheidung ausweichen

Langfristiges Vertragsprojekt ohne Klarstellung der deutschen Gleichberechtigung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 5. DEZEMBER

Reichsaussenminister Freyher von Neurath ist heute mittig in Begleitung des Ministerialdirektors Meyer, und der Geheimräte Ragenberger und Frohwin in Genf eingetroffen. Er begab sich sehr bald zu einer einündigen Unterredung zu MacDonald, der vorher die über mittels abgeordneten Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und dem amerikanischen Delegierten Norman Davis unter Sitzung des italienischen Delegierten Baron Alvisi wieder aufgenommen hatte. Heute abend fand ein Dinner bei MacDonald statt, an dem von deutscher Seite Reichsaussenminister Freyher von Neurath und Generaldirektor Freyher von Weizsäcker teilnahmen. Da unter den Gästen sich auch Scerzio, Paul Boncour und Norman Davis, Baron Alvisi und andere Delegierte der Großmächte befanden, kann dieses Dinner als geschäftlich. Umfang der Besprechungen betraf die Unterredung zwischen dem deutschen Außenminister und MacDonald nicht ausgehen wurde, wird doch bekannt, daß Freyher von Neurath etwa folgender Intentionen für eine Bertagung der Abrüstungskonferenz auf drei Jahre ohne vorherige Entscheidung über die Frage der deutschen Gleichberechtigung vorgelegt worden ist, den wie bereits angegeben haben:

Die Konferenz befaßt sich noch vor Weihnachten eine Präliminarentscheidung, in der die sehr speziellen künftigen Ergebnisse der Abrüstungskonferenz festgelegt werden. Das Hauptziel dieser gegenwärtigen Ergebnisse ist die vor kurzen vom Büro allerdings ziemlich genähert durchdratete Schaffung der ständigen Abrüstungskommission mit ihren verschiedenen Ausschüssen und Kontrollbefugnissen. Die Zuständigkeit dieser ständigen Kommission soll hauptsächlich noch erweitert werden im Hinblick auf den Zweck, zu dem sie jetzt so eilig ins Leben gerufen wird; nämlich die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz selbst zu sein. Die mit dem Analebentenden der Präliminarentscheidung natürlich zu erfüllen aufhören würde. Die Konferenz soll auf etwa drei Jahre „vertagt“ werden, und insoweit soll die ständige Abrüstungskommission gehen, wie die deutsche Gleichberechtigungsforderung und die französische Eigerechtsfrage miteinander in Einklang bringen kann.

Die ständige Kommission soll sich auch mit sämtlichen ändern unterliegenden Fragen, das heißt also mit so gut wie allen Problemen der Abrüstungskonferenz befassen, und sie wird auf diese Weise zu einer Neuauflage der vorherbestehenden Abrüstungskommission werden, die sich bereits fünf Jahre lang, von 1925 bis 1930, mit allen diesen Fragen theoretisch herumschlagen hat, die jetzt von den Staatsmännern praktisch gelöst werden sollten.

Einschließen ist dem deutschen Außenminister, wie wir aus

zuverlässiger Quelle erfahren, kein Plan vorgelegt worden, der eine Erfüllung des deutschen Wählerentwurfes auf Gleichberechtigung enthielte. Offenbar ist auch etwas allzu rasch von interessierter Seite ausgespartet. Einigkeit der Italiener, aber auch der Franzosen und der Engländer, mit dem wenig veränderten amerikanischen Arbeitsplan noch längst nicht hergestellt.

Die Führerbesprechungen, an denen für jede Regierung zwei Delegierte teilnehmen werden, sollen erst morgen vormittag, 9 Uhr, beginnen, da sie bereits um 11 Uhr wegen der außerordentlichen Wählerüberdormung unterbrochen werden müssen. Sie werden nachmittags wiedergeführt werden, und am Abend wird der französische Ministerpräsident Herriot an die Spitze der Besprechungen treten. Unter diesen Umständen erscheint es ganz ausgeschlossen, daß über einen so schwerwiegenden und weittragenden Plan wie den oben angegebenen morgen in aller Eile eine wirkliche Einigung und sogar mit Deutschland erzielt werden könnte.

Wenn trotzdem heute abend auffallenderweise von englischer Seite die Gerüchte von einer bereits erfolgten Einigung offiziös weitergegeben wurden, so läßt sich das nur aus der Absicht erklären, ein Scheitern dieser „Einigung“ dem deutschen Außenminister für zu schreiben zu können. Mit dieser neuen Schuldburde aber werden ihre Anhänger wenig Glück haben, denn die Beobachter der Genfer Verhandlungen sind zu zahlreich und selbst die amerikanischen Journalisten und unbefangenen amerikanischen Bertreter haben zugegeben, daß der ganze Plan des Abbruchs der Abrüstungskonferenz in der Hauptsache auf den persönlichen Wunsch des amerikanischen Delegierten Norman Davis, sich möglichst bald nach America einzuschiffen, zurückzuführen ist.

Heberausgangriff der „Rassen“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 5. DEZEMBER

Das Repräsentantenhaus wurde heute feierlich eröffnet und brachte sich nach zwei Stunden eine kleine Session, in dem von den Gegnern der Prohibition in überwachender Weise eine Wählerentscheidung für das achtzehnte Amendement zur Abstimmung gestellt wurde. Obwohl der „nahe“ Blick nach dem meisten Stimmen hinter der ersten Wahlrecht-Majorität zurückbleibt, muß das Abstimmungsresultat als eine Schlage für die demokratische Führung im Repräsentantenhaus angesehen werden. Wäre Garner vorzuziehiger vorgegangen, und hätte zuerst nur eine Veränderung der Volksliste beantragt, so wäre ihm ein sicherer Sieg zuteil geworden. Der ganze Coup ist typisch für den Radikalismus von Garner.